



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kohlensteuer.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weisheit den richtigen Moment ermessen, wo die Sorge für das Wohl ihrer Unterthanen ihnen den Übergang zum Feinde zu einer schmerzlichen, aber unabweislichen Pflicht macht. Diese eventuelle Aussicht hält sie aber nicht ab, für die Dauer der Zeit, wo sie dem Bunde angehören, in demselben alle ihre Rechte eifrig auszuüben und durch ihn einen möglichst hohen Grad von Einfluß und Wichtigkeit zu erstreben. Wenn für die Thatkraft eines süd- oder mitteldeutschen Staatsmannes das Gebiet des eignen Landesherrn einen ausreichenden Spielraum nicht gewährt, so wird derselbe gern eine Befriedigung seines Ehrgeizes in der Bestrebung suchen, durch die Organe des Bundes auch auf die siebenzehn Millionen Preußen, auf die vierzig des Bundes oder die siebenzig des mitteleuropäischen Reiches einen vermöge der eignen überlegnen Befähigung jedenfalls hervorragenden Einfluß zu gewinnen. Geister höherer Ordnung vermögen in den engen Verhältnissen kleiner Staaten keine Befriedigung zu finden, und wenn Herr von Beust auf den Dresdener Konferenzen den Grafen Buol geleitet hat, so traut er sich wohl auch zu, in Gemeinschaft mit dem kaiserlichen Minister Deutschland zu leiten, wenn nur der Bund, das Werkzeug ihrer Aktion, mehr über die einzelnen Regierungen zu sagen hätte.



Kohlensteuer.



Das deutsche Reich muß mehr als bisher auf sich selbst gestellt werden. Es bedarf, wenn es zu haltbaren Zuständen gedeihen soll, einer organischen Gestaltung, wie sie im Pflanzenleben wahrzunehmen ist. Gleich dem Baume, dessen Stamm auf starken Wurzeln ruht und aus diesen die für die Entwicklung seiner Zweige notwendigen Säfte zieht, muß auch das Reich so organisiert werden, daß es zum Sammeln und Verteilen der gemeinsamen Kraft befähigt ist. Dieser Gedanke lag dem beabsichtigten Tabaksmonopol zu Grunde. Wer nicht gerade vom Tabak lebt oder im Konstitutionalismus die vornehmste Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt erblickt, kann die Ablehnung dieses Projekts nur bedauern. Nur wenige Verbrauchssteuern sind so gerechtfertigt und auch so erträglich wie die mit dem Tabaksmonopol verknüpfte; sie betrifft ein dem Lebensunterhalt entbehrliches Genüßmittel, welches zwar auch von dem armen Manne geliebt wird, durch das Monopol jedoch schwerlich verkümmert werden würde, denn schlechteres Kraut, als ihm gegenwärtig für sein gutes Geld geboten wird, kann und wird ihm auch das Reich nicht zumuten. Und zieht man in Betracht, daß das Reich mit dem Monopol zugleich die zur Verbesserung der sozialen Lage der Handarbeiter erforderlichen Mittel zu gewinnen gedachte, so sollte man meinen, daß diesen menschenfreundlichen Rücksichten alle konstitutionellen Bedenken hätten weichen müssen. Sicher ist, daß das politische wie soziale Gleichgewicht

des Reiches gleich gebieterisch nach zweckmäßigerer und gerechterer Kraftverteilung verlangen, und in der allmählichen Vermehrung der indirekten Steuererträge wie in der Befreiung der untern Volksklassen von der direkten Steuerlast sind die ersten Schritte nach dieser Richtung zu erblicken. Wie man auch über Schutzzölle und Verbrauchssteuern denken mag, im Interesse des eben bezeichneten Zweckes wird man sie gutheißen müssen, vorausgesetzt, daß die Absicht der Entlastung der ärmern Klassen durch dieselben nicht vereitelt wird. Aus demselben Grunde aber und mehr noch wird wohl der Gedanke auf Zustimmung rechnen dürfen, daß der Mißbrauch von Gegenständen, der Verbrauch über das Bedürfnis hinaus, welcher niemand Nutzen oder Genuß gewährt, vielmehr der allgemeinen Wohlfahrt schadet, besteuert werden sollte. Kann doch der notorische Verschwender nach allgemeingiltigen Rechtsgrundsätzen unter Kuratel gestellt werden und unterliegt der empfindlichen und verletzenden Strafe der Freiheitsbeschränkung. Und doch gereicht sein Vergehen nur seinen nächsten Anverwandten zum Schaden, weil die von ihm verschleuderten Werte nur einen Besitzwechsel erleiden, keineswegs aber verloren gehen. Dagegen giebt sich das Wesen der eben als Mißbrauch bezeichneten Verschwendung dadurch zu erkennen, daß die von ihr verschleuderten Stoffe allen Wert verlieren, mithin dem Rationalvermögen entwendet werden. Wieviel mehr müßte nicht diese Verschwendung gestraft werden, welche zur Wertvernichtung auf Kosten des Gesamtwohlstandes führt und nebenbei noch die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen gefährdet? Mit keinem andern Stoffe aber wird so verschwenderisch gewirtschaftet wie mit dem Brennstoffe.

Daß die in unsern unterirdischen Kohlenschätzen aufgespeicherte Wärmequelle, aus welcher wir unser Wärmebedürfnis hauptsächlich befriedigen, in absehbarer Zeit versiegen wird, ist allbekannt. Der Gedanke, daß diese Erschöpfung schon bei unsern Lebzeiten erfolgen könnte, macht uns unwillkürlich frösteln, denn wir wissen, daß mit dem, was unsre Holzbestände liefern, nicht mehr auszukommen ist. Was dann? Der Glaube an die Elektrizität, als den Heiland der Zukunft, für welchen Schwärmer sie ausgeben möchten, kann uns nicht erwärmen, ebensowenig wie wir uns auf das Wassergas vertrösten lassen können, denn so lange der Beweis nicht erbracht wird, daß man ohne Anwendung von Wärme elektrischen Strom von genügender Intensität oder Wassergas zu erzeugen vermöge, so lange halten wir die Kohlen für einen unerseztlichen Schatz, mit welchem haushälterisch umzugehen die Rücksicht auf unsre Nachkommen gebietet.

Wie aber steht es mit der Wirtschaft des Kohlenverbrauchs! Nicht nur, daß unsre Feuerungsanlagen, mögen dieselben dem Hausbedarf oder industriellen Zwecken dienen, mit wenig Ausnahmen von so primitiver Beschaffenheit sind, daß in denselben eine nur höchst oberflächliche Ausnutzung des Heizwertes der Kohlen stattfinden kann; nein, Mangel an Verständnis, Vorurteil und die Neigung zur Bequemlichkeit bei dem Bedienungspersonal verurursachen in noch höhern

Maße einen Verbrauch an Brennstoff, zu welchem der erreichte Wärmeeffekt in einem wahrhaft lächerlichen Verhältnis steht. Wenngleich zugegeben werden muß, daß es der Technik bisher noch nicht gelungen ist, Feuerungsanlagen herzustellen, vermöge deren eine vollkommene Verbrennung in dem Maße erreicht wird, daß keine größere Luftmenge dabei zur Wirkung gelangt, als zur möglichst vollkommenen Oxydation des Kohlenstoffs absolut erforderlich ist, so steht doch so viel fest, daß in den bessern Öfen der Neuzeit eine nahezu vollkommene Verbrennung, wenn auch mit einem gewissen Luftüberschuß, erreicht werden kann. Wenn derartige Feuerungen unter fachgemäße Bedienung gestellt werden — ohne regelmäßige Kontrolle ist diese erfahrungsgemäß natürlich nicht zu erhalten —, so kann der größtmögliche Nutzeffekt aus dem Brennstoff gezogen und das fortwährende Rauchen der Schornsteine vermieden werden. Trotz dieses nun schon seit Jahren von der Technik eingenommenen Standpunktes ist noch immer an den den meisten Schornsteinen entquellenden Rauchwolken zu erkennen, daß noch die wenigsten unsrer Industriellen sich gemüßigt sehen, von dem Fortschritt der Technik Nutzen zu ziehen, oder doch die Kontrolle anzuwenden, unter welcher die Bedienung auch der zweckmäßigst angelegten Feuerungen gehalten werden muß, wenn nicht dem Moloch der Bequemlichkeit darin geopfert werden soll. So lange man das bessere nicht kannte, mochte der alte Schlendrian hingehen und mußte man die mit den qualmenden Schornsteinen verbundenen Übel sich gefallen lassen. Wer aber den kolossalen Umfang des Wertes zu überblicken vermag, der noch stetig zum Himmel klagend emporsteigt, der kann nicht umhin, den starken Arm der Vergeltung auf solche unverantwortliche Wirtschaft herabzurufen.

Am überzeugendsten kann die geringte Kohlenvergeudung nachgewiesen werden an den ökonomischen Ergebnissen der Dampfindustrie. Zwar steht es nicht viel besser auch bei den sonstigen Industriezweigen, bei welchen der Heizwert der Kohlen nicht zur Erzeugung mechanischer Arbeit, sondern zur Erzielung gewisser Wärmeeffekte benutzt wird. Den Nachweis bezüglich der letztern Verbrauchsarten zu führen, mag indessen den Fachmännern der betreffenden Zweige überlassen bleiben.

Nach den Mitteilungen des statistischen Amtes wurden im Jahre 1879 im Industriebetriebe des deutschen Reiches gezählt: 60 137 Dampfkessel und 54 631 Dampfmaschinen, letztere mit einem Gesamtleistungsvermögen von 1 499 927 Pferden. Die Lokomotiven der Eisenbahnen, die Kriegsdampfschiffe und die bei der Militärverwaltung und auf den Werften der Kriegsmarine vorhandenen Dampfmaschinen sind bei dieser Zählung außer Betracht geblieben. Die überschießende Zahl von 5506 Dampfkesseln erklärt sich dadurch, daß nicht alle Kessel zur Erzeugung von Dampf für motorische Zwecke dienen, sondern auch für Heiz-, Koch- und andre Zwecke thätig waren. Immerhin aber ist man berechtigt, das Leistungsvermögen der Kessel letzterer Art ebenfalls nach Pferdekraften zu bemessen. Nimmt man dasselbe im Durchschnitt zu 20 Pferdekraften an,

so ergibt sich für sämtliche Dampfkessel ein Arbeitsvermögen von rund 1 610 000 Pferden.

Der thatsächliche Verbrauch an Steinkohlen zur Erzeugung einer eine Stunde lang arbeitenden Pferdekraft bewegt sich innerhalb sehr weiter Grenzen, je nachdem derselbe in Betracht gezogen wird in Bezug auf Kessel von großer oder geringerer Verdampfungsfähigkeit, unter sachkundiger oder unverständiger Bedienung und auf Dampfmaschinen von großer oder kleiner Kraftleistung, höherer oder niedriger Admissionspannung, mit oder ohne Kondensation, unter sorgfältiger oder mangelhafter Adjustirung u. s. w. Unter Voraussetzung einer Steinkohle von mittlerem Heizwert stellt sich der stündliche Kohlenverbrauch für eine Pferdekraft bei einer mit einem Kessel vorzüglicher Verdampfungsfähigkeit arbeitenden, gut unterhaltenen Dampfmaschine von über 100 Pferdekraften, nach dem Receiver-Compound-System ausgeführt, auf höchstens ein Kilogramm, wogegen derselben bei einer von einem minder verdampfungsfähigen Kessel gespeisten einfachen Hochdruckmaschine von etwa 10 Pferdekraften, unter nicht ganz normaler Adjustirung und Abwartung, auf 8 bis 10 Kilogramm steigen kann. Erwägt man nun, daß das durchschnittliche Kaliber der im Jahre 1879 vorhandenen 54 631 Dampfmaschinen gemäß der statistischen Daten auf 25 Pferdekraften beziffert werden kann, daß ferner nur ein verschwindender Teil derselben dem oben bezeichneten, am ökonomischsten arbeitenden Compoundsystem, der größte Teil dagegen dem am wenigsten ausgiebigen einfachen Hochdrucksystem angehörte, und daß in Betreff des Grades der Dampferzeugung, sowie der Adjustirung und Wartung nicht mehr als Mittelmäßigkeit angenommen werden kann, so darf der thatsächliche Durchschnittsverbrauch pro Pferdekraft und Stunde auf etwa $6\frac{2}{3}$ Kilogramm Steinkohle beziffert werden. Unter Zugrundelegung dieser Zahl ergibt sich bei 300 Tagen mit je 10 stündiger Arbeitsdauer ein Jahresverbrauch von $1\,610\,000 \times 3000 \times 6\frac{2}{3}$ d. i. 32 200 Millionen Kilogramm, und da bei Berücksichtigung eines durchschnittlichen Frachtaufschlages der Durchschnittspreis der Kohlen mit 0,9 Pfennig pro Kilogramm jedenfalls nicht zu hoch gegriffen sein dürfte, so stellt sich in jenem Totalverbrauch eine Jahresausgabe von 289 800 000 Mark dar.

Um nun beurteilen zu können, wieviel von dieser Ausgabe absolut notwendig und wieviel davon als verschleudert zu betrachten ist, wolle man sich folgendes vergegenwärtigen: 1. daß eine $7\frac{1}{2}$ fache Verdampfung als eine mittelmäßige Leistung unsrer nach bewährten Grundsätzen angelegten und geheizten Dampfkessel zu bezeichnen ist, das heißt, daß in denselben mit je einem Kilogramm verbrannter Kohle 7,5 Kilogramm Dampf erzeugt werden kann; 2. daß ein Maximalverbrauch von 10 Kilogramm Dampf pro Pferdekraft und Stunde bei einer nach dem Receiver-Compound-System gebauten Dampfmaschine von 25 Pferdekraften so sicher erreichbar ist, daß keiner unsrer bessern Maschinenfabrikanten Anstand nimmt, denselben zu garantiren.

Hieraus ergibt sich, daß eine nach rationellen Grundsätzen angelegte und bewirtschaftete Dampfkraft von 25 Pferden nicht mehr als $10 : 7,5 = 1\frac{1}{3}$ Kilogramm Kohle pro Stunde und Pferdekraft braucht, daß daher der oben zu $6\frac{2}{3}$ Kilogramm ermittelte thatsächliche Verbrauch um das fünffache zu groß ist, mithin ein Kohlenquantum von 25 760 Millionen Kilogramm im Wertbetrage von 231 840 000 Mark im Jahre 1879 nutzlos verfeuert worden ist.

Welch großartige Perspektive eröffnet sich dem vorschauenden Auge bei der Vorstellung des unabsehbaren Vorteils für die Volkswirtschaft im allgemeinen wie für unsre mit Dampf arbeitende Industrie im besondern, der dadurch zu erreichen wäre, daß letztere genötigt würde, von der bisherigen Schleudervirtschaft abzugehen und sich auf das Notwendige und Nützliche zu beschränken! Schonung des in den unterirdischen Kohlenschätzen beruhenden Nationalvermögens, Herabgehen der Kohlenpreise und infolge dessen Ausschluß aller Kohleneinfuhr und Ermäßigung aller Haushaltskosten, schwungvolle Entwicklung des Dampfmaschinenbaues, gewinnreichere Produktion der gesamten Dampfindustrie infolge der um 80 Prozent ermäßigten Ausgabe, und — last not least — die gesteigerte Gesundheit unsrer Straßen und Wohnungen infolge des beseitigten Rauches und Rußes — alles das kann erreicht werden! Freilich nicht, indem man die Verbesserung ihrer Einrichtungen der Einsicht und Initiative der Gewerbetreibenden überläßt, sondern nur dadurch, daß sie dazu gezwungen werden. Obgleich der vervollkommnete Effect der Compound-Dampfmaschine und der neueren Kesselfeuerungen schon seit mindestens einem Jahrzehnt bekannt, in den Fachschriften besprochen und von den Maschinenfabrikanten vielfach empfohlen worden ist, hat doch das bessere bisher nur spärlichen Eingang gefunden. Das rühmliche Beispiel und die ausgezeichneten ökonomischen Erfolge der Industriellen Gesellschaft in Mülhausen — welche ihren französischen Namen zu verdeutschen leider noch immer nicht gewillt scheint — haben zwar die Anleitung gegeben, daß fast alle größern Werke der Textilindustrie gegenwärtig mit Compoundmotoren arbeiten oder dieselben einzuführen im Begriff stehen, die meisten übrigen Fabriken aber können von der alten Raubwirtschaft nicht lassen und muten der Welt zu, das Dualmen ihrer Schornsteine als eine berechnete Eigentümlichkeit derselben anzuerkennen.

Hier kann nur auf dem Wege des staatlichen Zwanges geholfen werden. Hat der Staat in früherer Zeit sich veranlaßt und berufen gesehen, durch die Anlage und den Betrieb von Musterfabriken, die Einführung neuer Maschinen u. d. d. zögernden Gewerthätigkeit Anregung und Beispiel zu geben, hat er als Gesetzgeber den Grundsatz aufgestellt, daß der Verschwender den Zwang der Bevormundung sich gefallen lassen muß, so wird niemand die Berechtigung bestreiten, wenn er auch der greulichen Kohlenverwirthschaftung durch zwingende Maßregeln ein Ende zu machen sucht. Da aber bekanntlich durch kein Mittel ein Unwesen wirksamer bekämpft werden kann als durch eine Steuer, namentlich wenn sie

direkt aufgebracht werden muß, so werden die Kohlenverschwenker sicherlich am geeignetsten und schnellsten bekehrt werden, wenn ihr Zuvielverbrauch mit einer angemessenen Steuer — etwa unter dem Namen einer Besserungssteuer — belegt werden würde. Eine solche direkte Verbrauchssteuer zu verhängen fordert die Gerechtigkeit und Billigkeit, denn die in unsern Kohlen gebundene Sonnenwärme ist das Matrimonium aller, und diejenigen, welche das Gemeingut leichtfertigerweise vergeuden, verdienen es, daß sie zur Entschädigung aller dafür bluten.

Der Ertrag einer zehnpromzentigen Besserungssteuer, die im Jahre 1879 nach Maßgabe der oben aufgestellten Ermittlung einen Ertrag von ungefähr 23 Millionen Mark allein vom Dampfbetriebe aufgebracht haben würde, würde für die Gegenwart etwa auf 25 Millionen veranschlagt werden können, und ein vielleicht ebenso großer Betrag würde gleichzeitig von dem Zuvielverbrauch jener Gewerbszweige erhoben werden können, welche zu den verschiedenen Prozessen des Röstens, Puddelns, Raffinirens, Schmelzens, Brennens, Kochens u. s. w. ebenfalls auf den Gebrauch der Kohlen angewiesen sind. Könnte auch die Kohlenvergeudung unsrer Haushaltungen unter die heilsame Wirkung einer Besserungssteuer gestellt werden — doch nein, die bloße Andeutung dieses Gedankens muß als ein Wagnis erscheinen, denn außer den zu überwindenden sachlichen Schwierigkeiten würden auch persönliche Widerstände zu bekämpfen sein, und ebenso vergeblich wie der Kampf gegen das Non possumus ist der gegen das dumme Vorurteil. Schade, schade, es würde auch da ein hübsches Sümmechen herauspringen.

Selbstverständlich müßte der Anlage der Besserungssteuer eine auf Erfahrungssätzen beruhende Klassifikation bezüglich des Heizwertes der verschiedenen Kohlen wie auch des Kraftverbrauches und der Produktionsfähigkeit zu Grunde gelegt werden. Wie schon oben erörtert, ist bei einer 150pferdigen Dampfmaschine schon das zuviel, was dieselbe über 1 Kilogramm pro Pferdekraft und Stunde verbraucht, wogegen bei einer 5pferdigen Maschine die Grenze erst bei 2 Kilogramm pro Pferdekraft und Stunde beginnt. Ebenso wird bei den verschiedenartigen Öfen des Hüttenbetriebes die Grenzlinie des Zuviel nach Maßgabe der Produktionsfähigkeit derselben enger oder weiter gezogen werden müssen. Aber es ist ja nicht unsre Absicht auf die Modalitäten der Anlage näher einzugehen, wie denn auch betreffs der der Erhebung der Steuer voranzuschickenden Kontrolle nur angedeutet werden mag, daß diese sich zu richten hätte auf: 1. die durch selbstregistrirende Tourenzähler zu ermittelnde Arbeitsleistung jedes Dampfmotors während des abgelaufenen Jahres; 2. die für die Erzeugung der Dampfkraft verbrauchte Kohlenmenge; 3. das Produktionsquantum jedes einzelnen Ofens; 4. das für den Ofenbetrieb verbrauchte Kohlenquantum; 5. die Rubrizierung der verbrauchten Kohlen nach ihren Heizwerten. Es soll nicht geleugnet werden, daß diese Feststellungen mit ungewohnter Belästigung für den Betrieb verbunden sein würden. Müssen jedoch nicht schon lange die Brauereien, die Rübenzuckerfabriken u. s. w. eine ähnliche Kontrolle sich gefallen lassen, ohne

Grenzboten I. 1883. 10

daß der letztern die Absicht einer ökonomischen Verbesserung ihres Betriebes zu Grunde liegt?

Einen nachhaltigen Ertrag kann und soll die Besserungssteuer nicht aufbringen; derselbe würde vielmehr in demselben Maße schwinden, wie der bessernde Zweck der Steuer erreicht werden würde. Daher erscheint sie auch nicht geeignet, zur Deckung der laufenden Bedürfnisse des Reiches beizutragen. Könnte sie aber nicht nutzbar gemacht werden zum Wohle der arbeitenden Klassen? Sollte nicht die für niemand nutzbringende Verschwendung derer, welche von der Arbeit ihrer Mitmenschen Gewinn und Vermögen ziehen, endlich wenigstens dazu dienen, den letztern ein sorgenfreies Alter zu bereiten? Durch die Begründung von Altersversorgungsanstalten aus den Erträgen der Besserungssteuer würde vorübergehender Mißbrauch in dauernde Wohlthat umgesetzt werden, ein Ziel, welches wohl des Versuches wert ist.



Die neue sächsische Gymnasial-Verordnung und die Überbürdungsfrage.



Alle Freunde des Gymnasiums erfüllte es mit lebhafter Freude, als letztes Frühjahr der sächsische Kultusminister Herr von Gerber ein Rundschreiben an die Direktoren der sächsischen Gymnasien erließ, in welchem er die von vielen Seiten erhobenen Klagen wegen Überbürdung unsrer Gymnasiasten bis zu einem gewissen Grade anerkannte, auf einige der wichtigsten Gründe jener Erscheinung hinwies und zugleich eine Zusammenkunft der sächsischen Gymnasialdirektoren in Aussicht stellte, deren Aufgabe es sein sollte, die notwendigen Änderungen im Regulativ zu beraten. Unter den Gymnasiallehrern Sachsens freilich rief jenes Rundschreiben eine gewisse Aufregung hervor. Man war in diesen Kreisen überzeugt, daß man redlich bemüht gewesen sei, den gesteigerten Ansprüchen des Regulativs vom Jahre 1876 allenthalben gerecht zu werden, und fühlte sich von den in dem ministeriellen Schreiben enthaltenen Ausführungen umso peinlicher berührt, als in den letzten Jahren auch nicht ein einziges Mal Stimmen laut geworden waren, daß im sächsischen Gymnasialwesen erhebliche Mißstände um sich gegriffen hätten. Sodann aber war man hier gewöhnt, die sächsischen Anstalten um ihrer Leistungen im Lateinischen und Griechischen willen über die preußischen zu stellen. Da nun zugleich das Gerücht sich verbreitete, das sächsische Ministerium trage sich mit dem Plane, dem neuen preußischen Entwurfe